Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10 190 D 8. 4. 1993 Preis: 1,20 DM **116**

Schwarze Pädagogik — Gehirnwäsche — und die Lüge vom humanen Strafvollzug

„Meinen Gedanken nach muß man Kinder niemals schlagen wegen Fehlern, die sie aus Schwachheit begehen. Das einzige Laster, welches Schläge verdient, ist die HALSSTARRIGKEIT.

Es ist also Unrecht, wenn man Kinder wegen des Lernens schlägt, oder wenn sie gefallen sind, oder wenn sie aus Versehen Schaden getan haben. Es ist auch Unrecht, wenn man sie wegen Weinens schlägt.

Aber es ist recht und billig, sie wegen all dieser VERBRECHEN, ja auch wegen anderer Kleinigkeiten zu schlagen, wenn sie es aus Bosheit getan haben. Wenn Euer Sohn nichts lernen will, weil Ihr es haben wollt, wenn er in der Absicht weint, um Euch zu trotzen, wenn er Schaden tut, um Euch zu kränken, kurz, wenn er seinen Kopf aufsetzt

DANN PRÜGELT IHN, DANN LASST IHN SCHREIEN

NEIN, NEIN, PAPA, NEIN NEIN!

Denn ein solcher Ungehorsam ist ebensogut, als eine Kriegserklärung gegen Eure Person. Euer Sohn will Euch Herrschaft rauben, und Ihr seid befugt, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, um Euer Ansehen zu befestigen, ohne welches bei ihm keine Erziehung stattfindet. Dieses Schlagen darf kein bloßes Spielwerk sein, sondern muß ihn überzeugen, daß Ihr der Herr seid. Daher müßt Ihr nicht eher aufhören, bis er das tut, dessen er sich vorher aus Bosheit weigerte. Nehmt Ihr dies nicht in acht, so habt Ihr eine Schlacht geliefert, über welche sein böses Herz in Triumph aufzieht, und sich fest vornimmt, auch künftig die Schläge nicht zu beachten, um nur der Herrschaft der Eltern nicht unterworfen zu sein. Hat er sich aber das erste Mal für überwunden erkannt, und sich vor Euch demütigen müssen, so wird ihm schon der Mut genommen sein, aufs neue zu rebellieren. Doch habt Ihr Euch dabei sehr in acht zu nehmen, daß Ihr Euch beim Strafen vom Zorn nicht überwältigen laßt. Denn das Kind wird scharfsichtig genug sein, Eure Schwachheit zu erblicken, und die Strafe für die Folge Eures Zorns ansehen, statt sie für die Ausübung der Gerechtigkeit zu halten. Könnt Ihr Euch also hierin nicht mäßigen, so überlaßt lieber die Exekution einem andern, schärft ihm aber ja ein, nicht eher aufzuhören, bis das Kind den Willen des Vaters erfüllt hat und kommt, Euch um Vergebung zu bitten.

Diese Vergebung müßt Ihr ihm zwar nicht ganz abschlagen, sie ihm aber doch etwas sauer machen, und Eure völlige Zuneigung nicht eher wieder zu erkennen geben, bis der Sohn durch völligen Gehorsam sein Verbrechen gebessert und bewiesen hat, daß er entschlossen ist, ein treuer Untertan seiner Eltern zu bleiben.

Wenn man nun Kinder von Jugend auf mit gehöriger Klugheit erzieht, so wird es gewiß sehr selten nötig sein, zu dergleichen gewaltsamen Mitteln zu schreiten, allein es wird sich kaum ändern lassen, wenn man sie erst in seine Zucht bekommt, da sie vorher ihren Eigenwillen gehabt haben. Doch kann man auch manchesmal, besonders, wenn sie ehrgeizig sind, selbst bei großen Verbrechen zu anderen Mitteln greifen, und sie zum Exempel barfuß gehen, hungern oder bei Tisch aufwarten lassen oder sie an einem solchen Ort angreifen, wo es ihnen wehtut." (Aus: J. G. Krüger, *Gedanken von der Erziehung der Kinder*, 1792)

Selbstverständlich argumentiert der Schwarze Pädagoge von heute nicht mehr mit solchen Worten. Er „erzieht, lenkt zum Guten, fördert die Anpassung und die Freude an der eigenen Leistung".

Die meisten Kinder erleben den elterlichen Konsum kritiklos und als Normalität. Häufig wird auch das Kind mit allem ausgestattet, was für Geld zu haben und gerade „in" ist.

Viele haben heute „alles" und verhungern zugleich seelisch.

Gruppengefühle werden nur da entwickelt, wo sie auf äußerlich sichtbarer, rein materieller Symbolik beruhen. Zugleich wird dem Kind aus „erzieherischen" Gründen ständig bewußt gemacht, daß die Qualität seiner Situation einzig auf dem Erfolg des Vaters und seines totalen Einsatzes für die Familie beruht. Dieser sieht es als seine Pflicht, schon dem Sechsjährigen Druck wegen schulischer Leistung für den späteren Berufserfolg zu machen — „denn es gilt nunmal derjenige nichts, der nichts hat".

Und so finden sich die Vertreter der modernen Schwarzen Pädagogik in sämtlichen Talkshows wieder, wo sie in einmütigem Unverständnis für Ursache und Wirkung die Interesse- und Perspektivlosigkeit, die Nullbockmentalität der Jugend und vor allem immer wieder die Gewalttätigkeit schon der Kleinsten beklagen. Sie sind gegen die Prügelstrafe, verlangen aber mehr Polizei, wo immer die Welt nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Nach den Diskussionen gehen sie nach Hause, bauen weiter zu kleine und zu teure Wohnungen, streuen Giftabfälle auf Parkwege und Sportanlagen, verweigern einem Kindergartenneubau ihre Zustimmung, lassen einen Spielplatz einem Straßenerweiterungsbau zum Opfer fallen oder arbeiten an Werbekampagnen, mit denen Kindern scheußliche, ständig wechselnde Schmuseobjekte eingeredet werden, an die sie ihr Herz hängen sollen. Kurz: die HERRschaften kehren an ihre Arbeitsplätze zurück.

Sie sind die Erfolgreichen, Unbelehrbaren, Aalglatten, die in Hunderten von Jahren nichts dazugelernt haben. Sie setzen auf Recht, Ordnung und Knast als letzte große resozialisierende Instanz für jeden, der sich ihren Spielregeln verweigert. Sie sind in Wahrheit Menschenverächter, die der Jugend — einschließlich ihren eigenen Kindern — das Recht auf die eigene Identität absprechen, um sich selbst nicht verändern zu müssen.

Sie verschulden die Gewalt, die sie beklagen, und rufen nach Vorbildern, die sie selbst nicht sind.

Umerziehen — notfalls zerbrechen

„Wir haben nur zwei Möglichkeiten, wenn wir Menschen, Ratten oder Flachwürmer erziehen — wir können sie entweder belohnen oder bestrafen."

Dieses Zitat stammt von James McConnell. Er ist Psychologe an der Universität von Michigan, wo er sich zwei Jahrzehnte lang damit befaßt hat, Plattwürmer „umzuerziehen". Mit zeitlich sorgfältig gesetzten schmerzhaften Elektroschocks gewöhnte er den Tieren ihre Vorliebe für dunkle Labyrinthe ab und lehrte sie, ausschließlich auf geraden weißen Strichen zu kriechen und sich sozusagen „freiwillig" der Helligkeit auszusetzen.

1970 überträgt er diese „verhaltenstherapeutischen" Erkenntnisse auf Menschen und sagt in einem Vortrag:

„Es ist ein Axiom der Verhaltenswissenschaften, daß man, je besser man die Umwelt eines Organismus kontrollieren kann, desto besser auch sein Verhalten kontrollieren kann. Selbstverständlich ist dann die einzige Möglichkeit, totale Kontrolle über das Verhalten eines Menschen zu gewinnen, die totale Kontrolle über seine Umgebung. Die Versuche mit Sensorischer Deprivation zeigen uns, daß wir genau dazu auch fähig sein sollten. Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, daß wir die Sensorische Deprivation mit Medikamenten, Hypnose und ausgeklügeltem Gebrauch von Belohnung und Strafe so kombinieren können, daß wir eine fast absolute Kontrolle über das Verhalten eines Individuums gewinnen können. Dann muß es auch möglich sein, zu einer sehr schnellen und hoch effektiven positiven Gehirnwäsche zu kommen, die uns zu dramatischen Veränderungen des Verhaltens und der Persönlichkeit eines Menschen verhelfen kann. Ich sehe den Tag voraus, an dem wir den schlimmsten Kriminellen binnen weniger Monate in einen anständigen, respektablen Mitbürger verwandeln können — vielleicht auch noch in kürzerer Zeit . . .

Wir müssen beginnen, neue Gesetze zu schaffen, die soweit wie möglich der Technologie menschlichen Verhaltens, die die Wissenschaftler gewonnen haben, entsprechen. Soweit wie möglich sollten wir menschliches Verhalten durch Anbieten von Belohnung führen, statt Gesetzesbrüche zu bestrafen. WIR SOLLTEN UNSERE GESELLSCHAFT SO RESTRUKTURIEREN, DASS JEDER VON GEBURT AN SO TRAINIERT WÜRDE, SELBER ZU WOLLEN, WAS DIE GESELLSCHAFT VON IHM FORDERT.

Jetzt haben wir die Techniken, das zu tun. Nur wenn wir sie nutzen, können wir hoffen, die Möglichkeiten der Menschheit zu maximieren. Natürlich können wir die Strafe nicht völlig aufgeben, aber wir können sie sparsam und intelligent einsetzen, als Mittel, menschliches Verhalten zu formen, statt als Mittel zur Abfuhr unserer eigenen aggressiven Tendenzen. Für Fehltritte oder kleinere Vergehen sollten wir kurze, schmerzlose Strafen anwenden, die ausreichen, das antisoziale Verhalten auszulöschen. Wir sollten davon ausgehen, daß Verbrechen ein klarer Beweis dafür ist, daß die Verbrecher sich irgendwie eine volle soziale Neurose zugezogen haben — und, einmal geheilt, nicht bestraft werden müssen. Wir sollten ihn in ein Rehabilitationszentrum stecken, wo er so lange einer positiven Gehirnwäsche unterzogen würde, bis wir ganz sicher sein könnten, daß er ein gesetzestreuer Bürger geworden ist, der nie wieder antisozial handeln wird. Wahrscheinlich müßten wir seine gesamte Persönlichkeit umstrukturieren. Die juristischen und moralischen Fragen eines solchen Vorgehens sind erschreckend komplex. Das liegt in der Natur der Sache, aber wir haben inzwischen gelernt, daß es einfache Lösungen nicht gibt.

Viele halten an dem altmodischen Glauben fest, daß jeder seine Persönlichkeit logisch und nach seinem freien Willen aufbaut. Das ist genauso falsch wie der Glaube, daß die Welt flach sei. Niemand ist Herr seiner eigenen Persönlichkeit. Unser Ich, unsere Individualität wurde uns durch unsere genetische Konstitution und durch die Gesellschaft, in die wir hineingeboren wurden, aufgezwungen. Wir konnten über die Art unserer Persönlichkeit nichts mitbestimmen, und es gibt deshalb auch keinen Grund zu glauben, daß wir das Recht haben sollten, uns der Erziehung zu einer neuen Persönlichkeit zu widersetzen, wenn unsere alte Persönlichkeit antisozial ist.

Die Techniken der Verhaltenskontrolle lassen selbst die Wasserstoffbombe wie ein Kinderspielzeug aussehen, und natürlich können sie zum Guten wie zum Bösen gebraucht werden. Aber wir können die Entwicklung dieser neuen Methoden heute nicht mehr beeinflussen, genausowenig wie die Entwicklung der Atomenergie. Wenn wir uns klarmachen, was wissenschaftlich möglich ist, und wenn wir einen revolutionären Standpunkt gegenüber unserer Gesellschaft und ihren Problemen einnehmen, können wir sicherlich unsere Zukunft sehr viel sinnvoller gestalten, als wenn wir unsere kollektiven Köpfe in den Sand stecken und uns vormachen, das alles könne hier nicht passieren. Die Verhaltenspsychologen von heute sind die Architekten und Ingenieure der Brave New World."

Zu diesem schauerlichen Text erübrigt sich im Grunde jeder Kommentar, zumal er wie die moderne Version der Schwarzen Pädagogik von Krüger aus dem Jahre 1792 daherkommt.

Solche „Wissenschaftler" wie McConnell haben in den USA die Vollzugskonzepte von modernen Knästen erarbeitet.

McConnell selbst macht keinen Hehl daraus, daß seine „antisozialen Verbrecher" nicht aus Politik und Wirtschaft kommen, sondern die sind, die sich nicht widerstandslos benachteiligen lassen wollen. Er will alle die der Gehirnwäsche zuführen, die auf dem Recht an der eigenen Identität beharren, denn solche Menschen können etablierte Macht und Herrschaft am wenigsten dulden.

Seine eiskalte Menschenverachtung gipfelt im Schlußsatz seines Textes. Während der „normale" Mensch die Aussichten in Aldous Huxleys „Brave New World" als Horrorshow begreift, ist sie für McConnell eine wünschenswerte Utopie.

Solche Konzepte liegen den modernen Knästen der Industriegesellschaften zugrunde. Mit schönfärberischen Vokabeln wie Wohngruppenvollzug und Resozialisierung glauben sie darüber hinwegtäuschen zu können, daß es sich in Wahrheit um High-tech-Betonbunker handelt, die genau dem Totalkontrollprinzip mittels Elektronik und sorgsam organisierter Kleingruppe sowie der Gehirnwäsche nach einem ausgeklügelten Belohnungs- / Bestrafungssystem folgen. So ein Knast ist Weiterstadt.

Eine Sondermüllhalde als Bauplatz

Hat schon das „Vollzugskonzept" nicht mit Humanität zu tun, so hat es der Standort noch weniger.

Um den Ort Weiterstadt herum ist sehr viel Gelände hochgradig vergiftet, weil die Chemiefirma MERCK Kohlenwasserstoffverbindungen, Kadmium und Blei teilweise offen als Berge lagerte, die vom Wind verweht und vom Regen ins Grundwasser gespült wurden. Reste wurden später einfach in Parkhäuser und Tunnels verbaut.

1979 kam es zu einem Umweltskandal, als Bauern bei einer Routinekontrolle HCH, Kadmium und Blei in der Milch ihrer Kühe fanden.

Da hatte Hessen das Land aber bereits trotz Kenntnis der Vergiftungen für den Knastneubau gekauft, um die maroden Gemeindekassen von Weiterstadt zu sanieren. Deshalb wurden die Bauern schnell mit Tauschland abgefunden.

Da die Sanierung von verseuchtem Boden bekanntermaßen sehr teuer ist, wurde der neue Knast einfach oben drauf gesetzt — genehmigt von der Hessischen Landesregierung, in der inzwischen die GRÜNEN samt ihrem Parteiprogramm *gegen* den Bau neuer Knäste saßen.

So konnte Herr Fischer Umweltminister werden. Derzeit kümmert er sich *nach* einigen Störfällen in auffälliger Intensität um die Hoechst AG, der er unermüdlich Kontrollen androht, die von ihm seit Jahren versäumt wurden.

Nun muß er auch noch den Untergrund unter dem Knast von Weiterstadt prüfen lassen, dessen Vergiftungsgrad er bis heute verschweigt. Stattdessen bezeichnet sein Parteifreund Plottnitz die Sprengung der Giftfestung als „Angriff auf den humanen Strafvollzug", während sogar Herr von Stahl erkannte, daß sie sich „gegen den Repressionsapparat" richtet.

(Ausführliche Informationen zu den Visionen der Verhaltenstechnokraten und ihren „Knastreformen" sowie zum Knast Weiterstadt sind der Broschüre „Die neuen High-Tech-KZ's", Bunte Hilfe, Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 6100 Darmstadt, zu entnehmen.)

Wer war Katharina Hammerschmidt?

Am 29. 6. 1972 stellte sich Katharina Hammerschmidt in Begleitung ihres Anwalts freiwillig der deutschen Justiz. Sie wurde als „Mitglied einer kriminellen Vereinigung" sofort in Isolationshaft genommen.

15 Monate später litt sie an starken Schmerzen in der Brust, Sprachbeschwerden, Heiserkeit und Anschwellen des Halses. Zwar wurde sie von Anstaltsärzten untersucht und auch geröntgt — angeblich aber ohne jeden Befund. So erfolgte auch keinerlei Behandlung.

In den nächsten 2 Wochen verschlimmerte sich Katharinas Zustand. Es trat Atemnot auf, die Schmerzen nahmen zu, und der Hals wurde fast so dick wie der Kopf.

Am 16. 10. 73 — 3 Wochen waren seit der Erstuntersuchung vergangen — trat sie in den Hungerstreik, um eine Behandlung zu erzwingen.

Die bekam sie nicht. Stattdessen verhöhnte sie die Anstaltsärztin und behauptete, sie sei an ihrem Zustand wegen des Hungerstreiks und wegen „Aus-dem-Fenster-Brüllen" selbst schuld.

Erst weitere 3 Wochen später hatte der Anwalt von Katharina durchgesetzt, daß ein Arzt von draußen sie im Knast untersuchen durfte. Dieser forderte sofort weitere Untersuchungen unter den besseren Bedingungen einer Klinik. Das wurde erst erlaubt, als sie 10 Tage später unter schwersten Erstickungsanfällen litt. Nach 64 für ihre Gesundheit verlorenen Tagen wurde sie aus der Haft entlassen und ins Klinikum Steglitz eingeliefert.

Die auch für Laien sichtbare kinderkopfgroße Krebsgeschwulst, die als „Mediastinaltumor mit Pleuraerguß rechts" diagnostiziert wurde, war wegen der mehr als zweimonatigen Verschleppung durch den Knast inoperabel geworden.

Katharinas Anwalt stellte Strafantrag gegen die Anstaltsärzte wegen versuchter Tötung mit bedingtem Vorsatz, in Tateinheit mit unterlassener Hilfeleistung. Wie in solchen Fällen üblich, stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ohne Anhörung von Beschuldigten oder Zeugen ein. Auch die Beschwerde gegen die Einstellung wurde abgelehnt.

Dafür beantragten die Anstaltsärzte ein Verfahren wegen Beleidigung gegen den Verteidiger von Katharina, das von der Staatsanwaltschaft mit Vehemenz betrieben wurde.

Katharina Hammerschmidt wurde 32 Jahre alt.

Am 29. 6. 1975 — auf den Tag genau drei Jahre nach ihrer Inhaftierung — starb Katharina Hammerschmidt an der Gnadenlosigkeit und Menschenverachtung, die die deutsche Justiz gegen haftunfähige, schwerkranke Gefangene selbst dann an den Tag legt, wenn sie noch Untersuchungsgefangene sind, die gemäß den Kriterien des Rechtsstaates „unschuldig" sind.

Wegen dieser Erfahrungen fordern wir

die sofortige Freilassung aller Haftunfähigen — insbesondere von Ali Jansen wegen seiner schweren Asthmaanfälle.

für Bernd Rössner fordern wir den Bundespräsidenten auf, endlich die Begnadigung auszusprechen, damit Bernd seine Therapie frei von der Belastung fortsetzen kann, wieder eingesperrt zu werden.

Freilassung aller politischen Gefangenen.

Einstellung aller neuen Verfahren, die nur ein juristischer Dreh sind, um bereits lebenslänglich Verurteilte so lange im Knast zu vergraben, wie der Staat es will.

Bericht über Polizeikontrolle

Heute morgen (am Sonntag, 4. April) bin ich gegen 11 Uhr in eine vorbereitete Polizeikontrolle gekommen. Ich hatte die Nacht in der Wohnung von Angehörigen der politischen Gefangenen verbracht und war gerade unterwegs, den Wagen für die Fahrt zum Treffpunkt des Angehörigen-Treffens abzuholen. Ich war allein im Wagen, die Fahrtlänge betrug nur 500 m. Plötzlich stoppte mich ein B. mit der Kelle in einem Zivilfahrzeug. Erst war es eine Personen- und Fahrzeugkontrolle; da die Papiere stimmten, Versuch einer Befragung: ob ich schon länger nicht mehr zu Hause gewesen sei; was ich hier mache, warum ich so unsicher und zittrig hinter dem Steuer säße, ich sähe ja aus, als ob ich mich durch Beton gefressen hätte. Einer der beiden stand in ständigem Kontakt mit der Einsatzleitung. Als die Kontrollen nach 15 Minuten beendet waren, mußte ich weiter warten. Das wäre noch lange so gegangen, wenn nicht zufällig Günter (Sonnenberg) vorbeigefahren wäre und die Situation erkannt hätte. Er holte fünf der Angehörigen herbei, die schon besorgt waren. Nach weiteren 5 Minuten konnte ich dann losfahren.

Armin Newerla

Erklärung von Rolf Clemens Wagner und Helmut Pohl, Gefangene aus der RAF

die baw hält sich auf unserer station einen zuarbeiter.
er heißt fabian fehlhaber.

er schreibt „berichte" über uns an die baw. wir sprechen nicht mit ihm, im stationsaufschluß kann er auch nichts hören, außerdem gäbe es nichts als die banalitäten des tages.

er kann sich also die „berichte" nur aus den fingern saugen.

wir wissen jetzt definitiv von anderen gefangenen, die inzwischen einen stoß „berichte" an die baw gesehen haben. es sollen sogar wörtliche zitate darin sein.

er war springer-schreiber, „bild".
schon als er auf die station kam, also ohne irgendetwas überhaupt mitgekriegt zu haben, hat er vor anderen gesagt, er wolle etwas über uns schreiben. wir dachten damals dabei an „bildzeitungs"-dreck. und sind ihm konsequent aus dem weg gegangen.

jetzt sieht die sache anders aus. wir wollen das jetzt bekannt machen, *bevor* eventuell eine neue variante der nonnemethode lanciert wird.

schwalmstadt, den 23. 3. 93
rolf clemens wagner, helmut pohl

Erklärung von Karl-Heinz Dellwo, Gefangener aus der RAF, zu dem ZDF-Interview am 31. März

Wenn wir in der Öffentlichkeit zu Wort kommen, heute für einige möglich nach Jahren der erzwungenen Mediensperre, stoßen wir auf die immer gleichen Reflexe: Entweder werden wir übertitelt als „Abschwörer" oder als „Hardliner". Das ist der Bewegungsrahmen, in den wir von Politik und staatstragenden Medien hineingezwungen werden sollen. In jedem Fall soll der eigene Inhalt, wo nicht enteignet, so doch überlagert werden mit dem Stempel der (Definitions-)Macht.

Die Schlagzeile soll die Wahrnehmung präformieren. Im schnell vorbeirauschenden Medium verfliegt der Text, die Schlagzeile bleibt. Auch das haben wir satt.

Ich habe dem ZDF am 31. 3. 93 ein Interview gegeben. Der Text hatte eine klare Aussage: Es muß von seiten der Politik ein Schritt getan werden, eine Zäsur kommen. Wir haben jahrelang, besonders seit dem Hungerstreik 1989, eine Initiative nach der anderen ergriffen und sind mit allem auf Beton gestoßen. Auf die sog. „Kinkel-Initiative" folgte das Einleiten neuer Verfahren. Das definieren wir als Eskalation. Im April letzten Jahres wurde mit der RAF-Erklärung ein historischer Einschnitt in einer 22jährigen Konfrontation gemacht. Zwei weitere Erklärungen folgten. Sie waren eindeutig, kein taktischer Versuch, sondern eine klare Entscheidung für eine neue Entwicklung. Bis heute konnten wir über diese Erklärungen nicht einmal miteinander diskutieren. Das ist die Negation der Gefangenengruppe, und das drückt aus, daß trotz aller Bekundungen die staatliche Seite an ihren alten Absichten festhält: die Gruppe der Gefangenen zu spalten, die politische Gegenposition bei uns auszulöschen. Statt mit einer 22jährigen repressiven Logik zu brechen, von der sie heute wissen müssen, daß sie gescheitert ist, taktieren sie nur und spielen auf Zeit.

Das war der Inhalt des Interviews. Die für das „heute-journal" fertiggestellte — schon gekürzte — Interviewfassung wurde so nicht gesendet. Statt dessen wurden nachträglich so viele Interviewpassagen zusätzlich so gestrichen, daß die eindeutige Intention des Interviews für das ZDF disponibel* wurde. Das ZDF hat in der Anmoderation versucht, den eindeutigen Inhalt des Interviews durch ihre Schlagzeilen ins Gegenteil zu wenden. Was für die Kategorie „Abschwören" nicht hinzubiegen war, wurde nun versucht in das Muster der „unbeirrbaren Hardliner" zu pressen. Eine Berichterstattung von Betonköpfen im Medienapparat.

Aber ein politisches Umgehen mit der Frage der politischen Gefangenen in der BRD, d. h. die Freiheit aller, setzt auch voraus, daß unsere Tatsachen und Inhalte unverfälscht wiedergegeben werden, auch wenn daran die Bilder und Bemühungen brechen, die Staat und Medien öffentlich gegen uns in den letzten 23 Jahren eingesetzt haben.

(aus: *taz*, 5. 4. 93)

* verfügbar, benutzbar *(d. Red.)*

Bericht über eine Veranstaltung in Karlsruhe

Am 26. März fand in Karlsruhe eine Veranstaltung zur Freiheit der politischen Gefangenen mit dem Titel „Geschichte der RAF und der Isolationshaft" statt. Zu diesem Thema sprachen die ehemaligen Gefangenen aus der RAF Monika Berberich und Günter Sonnenberg. Der Veranstaltungssaal war überfüllt, über 200 vor allem junge Leute nahmen teil, zahlreiche Leute konnten keinen Platz mehr finden. Die Veranstaltung wurde von einem Bündnis von BWK, Infobüro, SDAJ und Volksfront sowie weiteren Leuten verschiedener politischer Richtungen getragen. Im Januar hatte dieser Kreis ein Diskussionsforum zur „Freiheit der politischen Gefangenen" durchgeführt. Die Veranstaltung wurde dort beschlossen mit dem Ziel, der staatlichen Geschichtsrevision entgegenzuwirken und über die Geschichte des bundesdeutschen Staates und der RAF aufzuklären. Nach Meinung aller Beteiligten kann die Freilassung der politischen Gefangenen nur im breiten Bündnis durchgesetzt werden. Der Kreis der Veranstalter wird sich dazu weiter treffen. *(Das starke Interesse der TeilnehmerInnen zeigte sich nach der Pause, als sehr viele Fragen vor allem über die Haftbedingungen gestellt wurden. d. Red.)*

Kundgebung vor dem Knast in Lübeck, Marliring 41, Samstag, 17. 4., 13 Uhr

Wir werden dieses Jahr zum vierten Mal anläßlich des „internationalen Tages der politischen Gefangenen" am 17. 4. eine Kundgebung vor dem Lübecker Knast abhalten.

Der 17. 4. wurde nach der Niederschlagung des Gefangenenaufstands von palästinensischen Gefangenen in dem berüchtigten Gefangenenlager Ansar III von der vereinigten nationalen Führung der Intifada als Tag der politischen Gefangenen ausgerufen. Dieser Tag wurde dazu genutzt, um mit vielen Initiativen für die Forderungen der Gefangenen und gegen Folter, Isolation und lange Haftdauer zu kämpfen. Wir haben die Initiative aufgegriffen und nutzen den 17. 4., um uns für die politischen Gefangenen in der BRD einzusetzen.

☆ Sofortige Freilassung von Bernd Rößner! ☆ Sofortige Freilassung aller Gefangenen, die seit 15 Jahren und länger sitzen! ☆ Anrechnung der Isolationshaft auf die Haftdauer! ☆ Bis zu ihrer Freilassung: Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in ein oder zwei große Gruppen! ☆ Sofortige Einstellung aller Kronzeugen-Verfahren!

Prozesse, Verhaftungen

Prozeß wegen „Aufruf zu Straftaten und Nötigung" gegen Ursula M.

am 29. April, 9 Uhr, Amtsgericht Saarbrücken, Saal 121

Anlaß der Kriminalisierung:

Am 8. Oktober 1992 fand in Saarbrükken eine selbstorganisierte SchülerInnendemonstration „Gegen Rassismus und Faschismus" statt . . .

Nach Abschluß der Demonstration fand eine spontane Blockade der Wilhelm-Heinrich-Brücke statt. Dadurch wurde der Straßenverkehr kurzfristig lahmgelegt mit der Absicht, auf den alltäglichen Rassismus und die reaktionäre Entwicklung in diesem Land aufmerksam zu machen. Die Reaktionen waren überwiegend positiv, wir haben Flugblätter verteilt und über Megaphon gesagt, warum wir die Blockade machen. Es haben sich etwa 100 Menschen an der Blockade beteiligt, und nach ca. 20 Minuten sind wir gemeinsam ins Autonome Zentrum in die Brauerstraße gegangen. Es gab keine Personalienfeststellungen, und es wurde auch niemand verhaftet.

Jetzt soll Ursula M. für diese Blockade kriminalisiert werden und in der Anklageschrift zur „Leiterin" aufgebaut werden.

Für uns ist klar: Antifaschistischer und antirassistischer Widerstand ist notwendig und legitim:

Selbstorganisierung und Solidarität von unten sind die Basis dafür, eine antifaschistische/antirassistische Bewegung aufzubauen, eine Bewegung, die in der Lage ist, gegen die reaktionäre Entwicklung eine gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Wir denken, daß in einer solchen Bewegung verschiedene Ansätze und Schwerpunkte sowie verschiedene Aktionsformen gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus zusammenkommen müssen. Im Aufbau einer solchen Bewegung werden wir auch immer wieder mit Kriminalisierung konfrontiert sein, und es wird wichtig sein, ob und wie sich die gesamte linke Opposition dazu verhält! Denn es stimmt, daß sich die Stärke einer Bewegung nicht zuletzt darin zeigt, wie sie sich zu ihren Gefangenen und zu denen, die stellvertretend kriminalisiert werden, verhält.

In mehreren Städten laufen Ermittlungsverfahren und Prozesse gegen AntifaschistInnen. In Saarbrücken findet im Mai ein Prozeß gegen 4 Antifaschisten statt. In Trier läuft ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Volksverhetzung. Hierfür muß ein Flugblatt zum Mord an Kerstin Winter (Freiburger Antifaschistin) herhalten.

Seit dem 6. 1. 1993 sitzt Gunther aus Wiesbaden, ein aktiver Antifaschist, in der JVA in Mainz in Untersuchungshaft . . . Gunther wurde im Zusammenhang mit der Verhinderung eines „Kameradschaftsabends der Deutschen Alternative" verhaftet. Er wurde mit dem Vorwurf „schwerer Landfriedensbruch" dem Haftrichter vorgeführt. Dieser verfügte Untersuchungshaft, die mit Flucht- und Verdunkelungsgefahr begründet wurde.

In diesem Zusammenhang reiht sich auch der Prozeß gegen Ursula M. ein: jeder Ansatz von Selbstorganisierung und Solidarität soll verhindert werden, entweder mittels Kriminalisierung oder indem die HERRschenden versuchen, die Ansätze von Betroffenheit der Menschen in einen „staatstragenden Antifaschismus" zu kanalisieren.

— Information und Diskussion über die Kriminalisierung von antifaschistischer und antirassistischer Arbeit und über die Prozeßmobilisierung zu Ursulas Prozeß: am 21. April um 18 Uhr im Junge Linke TREFF, AZ Brauerstraße 39 in Saarbrücken.

— Für die sofortige Freilassung von Gunther sowie die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen!

Prozeß gegen R. H.

wegen Verstoßes gegen § 90a u.a. (Verunglimpfung des Staates) am 20. 4. 93 um 8.30 Uhr, Saal 8 im Amtsgericht Heidelberg.

Bei diesem Prozeß geht es um ein Flugblatt zur Todesnacht der Gefangenen aus der RAF 1977. In diesem Zusammenhang fand am 5. 2. 93 eine Hausdurchsuchung bei R. H. statt. (siehe auch *Angehörigen Info* 113 vom 25. 2.)

Kommt alle zum Prozeß!

Spendet zur Deckung der Prozeßkosten auf das Konto der Bunten Hilfe Heidelberg, Bezirkssparkasse Heidelberg, Konto-Nr. 267 19, BLZ 672 500 20.

Prozeß wegen 1. Mai-Demo

Am Montag, den 10. 5., um 13 Uhr findet in Berlin die Hauptverhandlung gegen Clemens aus Hamburg statt. Er soll 1839 DM Strafe wegen versuchter Sachbeschädigung auf der Berliner 1. Mai-Demo zahlen. Amtsgericht Tiergarten, Turmstr. 91, Raum I/370.

Freiheit für Jörg, Gerre und Schützi!

Seit Montag, den 15. März, sitzen Gerre, Jörg und Schützi im Knast. Gerre und Jörg im Jugendknast Plötzensee, Schützi im Moabiter Knast. Die B. behaupten, die drei hätten in der Nacht von Sonntag zu Montag in Pankow eine Berliner Bank eingeworfen, Zivilb. hätten sie dabei auf frischer Tat ertappt, so ihre Siegesmeldung. Der Staatsschutz hat sich der Sache sofort angenommen. Er stellt die kaputten Scheiben in Pankow in Zusammenhang mit anderen Aktionen, die in derselben Nacht gegen Berliner Banken in ganz Berlin gelaufen sind. Sieben Banken wurden entglast, bei über zwanzig wurden Schlösser verklebt. Ohne daß ein Bekennerschreiben auftauchte, bringen die B. diese Aktion in Verbindung mit der Anti-Olympia-Kampagne. Grund: Die Berliner Bank ist einer der Sponsoren der Olympia-Bewerbung, in ihren Schaufenstern hängt jede Menge Propaganda für Olympia.

Die Aktionen und die Festnahmen wurden sofort an die große Glocke gehängt: Top-Meldung in der Abendschau mit den Fahndungsfotos der drei, ein CDU-Abgeordneter blubbert vom „kriminellen Gewaltpotential der Olympiagegner" und fordert eine Sonderkommission bei den B. Eine solche Sonder-Ermittlungskommission beim Staatsschutz wird dann flugs eingerichtet, nach anderen Pressemeldungen jedoch schon in der Woche vorher. 2000 DM werden als Belohnung ausgesetzt, für Aktivbürger, die die drei noch an anderen Banken gesehen haben wollen . . .

Die Beschuldigung gegen die drei lautet „nur" auf Sachbeschädigung, und dennoch entschied der Haftrichter am Dienstag abend, daß sie in U-Haft müssen. Es bestünde Fluchtgefahr, da die drei angeblich in einem besetzten Haus in Strausberg wohnen würden . . . In Strausberg waren die B. schon am Montag morgen aufgelaufen. Zuerst bei den Eltern der drei um halb sieben, dann um die Mittagszeit Razzia in der Villa Eckertstein, dem besetzten Haus in Strausberg, wo die drei manchmal waren. Die Razzia lief ab, als handle es sich bei den BesetzerInnen um eine schießwütige Sekte aus Texas. Die Durchgangsstraße wurde von Dutzenden von B. weiträumig abgesperrt. Dann fallen 40 SEKler — alle vermummt und mit Knarren — in den Hof der Villa ein. Der einzige Anwesende, der gerade sein Auto reparierte, wird mit Knarre bedroht und in Handschellen gelegt. Drinnen in der Villa wüteten die SEKler: alle Türen, obwohl unverschlossen, werden eingetreten, alle Zimmer auf den Kopf gestellt. Der Berliner Staatsschutz leitet die Aktion. Er läßt säckeweise Sachen aus dem Haus tragen . . .

Nach zwei Stunden verziehen sich die Einbrecher wieder. Die Villa, der einzige Ort in Strausberg, wo sich Jugendliche jenseits von Fascho- und Kommerzkultur treffen können, sollte zu einem kriminellen Nest abgestempelt werden, die Villa sollte isoliert werden, um eine Räumung vorzubereiten . . .

Das Klima in Strausberg hat sich ge-

gen die Villa gewendet, die Gerüchte überschlagen sich. Es ist die Rede davon, die drei hätten eine Bank überfallen, und bei der Razzia sei das Geld gefunden worden. Und dennoch: Ins selbstverwaltete Café kommen mehr denn je, am Samstag abend fand in der Villa ein gut besuchtes Soli-Konzert statt ...

Unterstützt die Gefangenen! Freiheit für Gerre, Jörg und Schützi!

Schreibt ihnen, die Gefangenen freuen sich über jeden Brief und jede Postkarte: Andreas Schützeck, Buchnr. 1270-93, U-Haftanstalt Moabit, Alt Moabit 12a, 1000 Berlin 21; Jörg Sachse, Buchnr. 242/93-1, Jugendstrafanstalt Plötzensee, Werner-Olbricht-Damm 40, 1000 Berlin 13; Henryk Simon, Buchnr. 243/93, Jugendstrafanstalt Plötzensee, Werner-Olbricht-Damm 40, 1000 Berlin 13.

(aus einem Redebeitrag, gehalten auf der Knastkundgebung am 21. 3.)

Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan

Die vier aus dem Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe setzen ihre Hungerstreikkette fort

Am 2. Januar 1993 hat das 3. Jahr der Hungerstreikkette von Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon und Jean Marc Rouillan begonnen. In ihrer Erklärung zu Beginn des Hungerstreiks hatten die Gefangenen u. a. gesagt: „Wir haben am 2. 1. 1991 einen neuen Kampf begonnen, eine unbefristete Hungerstreikkette. Wir werden unsere Initiative so lange aufrechterhalten, bis jede Form der Isolation und die besonderen Einschränkungen unserer Haftbedingungen aufgehoben sind, bis zu unserer Zusammenlegung als politische Gefangene.

Für eine Front der Kämpfe und Bewegungen gegen die Klassenjustiz und das Gefängnis ..."

Hungerstreikkette heißt, daß jeweils eine/r der 4 Gefangenen für eine Woche im Hungerstreik ist und dann von der/dem nächsten abgelöst wird.

Bis jetzt hat sich an ihren Haftbedingungen nichts geändert. Die beiden gefangenen Frauen sind im Gefängnis von Fleury-Mérogis und die beiden gefangenen Männer im Gefängnis von Fresnes. Sie haben gemeinsamen Hofgang — auch mit den Gefangenen ihrer Abteilung, bei den Männern sind das aber höchstens zwei andere „soziale" Gefangene und bei den Frauen etwa 10 andere, z. T. aber kranke Gefangene, die nicht zum Hofgang gehen können, oder Gefangene, die kein französisch sprechen — und Nachbarzellen. Von allen anderen Gefangenen werden sie strikt getrennt. Die politische Kommunikation untereinander und mit draußen unterliegt willkürlichen Beschränkungen. Mit ihrem Hungerstreik geht es ihnen konkret auch darum, daß sie ihre Zusammenlegung zu viert erreichen. Diese Möglichkeit besteht grundsätzlich auch, da es Gefängnisse gibt, in denen Frauen und Männer, wenn auch in unterschiedlichen Trakten, inhaftiert sind. Die Haftbedingungen, die sie jetzt haben, wie vor allem Nachbarzellen und gemeinsamer Hofgang, haben die Gefangenen aus dem Kampfkomitee, die alle Anfang 1987 eingefahren sind, nach längerer Totalisolation — Einzelzelle, Einzelhofgang — in zwei langandauernden Hungerstreiks 1988 und 1989 erreicht.

Das noch mal kurz zu den Haftbedingungen der vier aus dem Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe.

Besucher aus der BRD, die Gefangene aus dem Kampfkomitee besuchen, werden immer wieder gefragt, ob die Gefangenen denn noch im Hungerstreik sind. Das wohl vor allem auch deshalb, weil es bisher kaum praktische Solidarität und Unterstützung zu dem Kampf der Gefangenen gibt.

Mit ihrem Brief vom 17. 2. 1993 gibt Nathalie Ménigon Antworten auf die Frage, warum sie weiterhin im Hungerstreik sind.

Ein Text der beiden Frauen aus dem Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe reiht sich konkret in ihre Hungerstreikkette als Initiative gegen das Gefängnis und die Klassenjustiz ein.

Brief von Nathalie Ménigon vom 17. 2. 93

... ich hatte Dir vor einiger Zeit (Anfang 1992, Anm. d. Ü.) einen Brief über unseren Kampf geschrieben. (...) Um Dir den Sinn unseres Kampfs mit seinen zehrenden Wiederholungen zu vermitteln, hatte ich Dir eine Reihe von Bildern geschrieben. Ich konnte noch so sehr in meinen Gedanken graben — es kam nichts, es kommt nichts Genaues.

Und dennoch mußten einfache Worte, die zugleich schreien und murmeln, gefunden werden ...

Trotzdem, dieser Kampf sagt auch ganz einfach: „Wir sind am Leben!", ein Kollektiv, ein Komitee, ein Kern, eine Zelle ... All diese Begriffe, die nach unserer Zusammenlegung rufen, sind richtig.

Ja, dieser Kampf ist, auch, eine Verbindung zu unserer Zusammenlegung. Er ist heute die einzige, lebendige Realität der kollektiven Aktion, ihrer Bewegung.

Musik des Kampfes, kollektive Harmonie, Kritik der Klassenjustiz und des Gefängnisses, die uns solidarisch und politisch zu einer revolutionären Vierergruppe zusammenschweißt, eine kommunistische Gruppe, die den Hunger wie das Brot teilt.

Ein Kampf, der unsere Dynamik erhält, unsere Apathie abschüttelt, der unsere Zweifel und unsere Überzeugungen verbindet, die durch die Gefängniszelle vereinzelt werden.

Eine permanente Aktion, die schon seit Jahren in dem dunklen Schweigen der Gleichgültigkeit dahingeht.

Aber auch ein Kampf, der neue Kräfte gibt, der die „Friedhofsruhe" zurückweist und der im revolutionären Paris der verlorenen Revolutionen sanft die leise Melodie unserer Einheit spielt.

Zwei Frauen, zwei Männer, eine zähe Vierergruppe, die kein Streit, keine Drohung und Repression auseinanderbringen kann.

Und es gibt viel zu tun, auch an uns selbst zu arbeiten, an den beklemmenden Fragen nach einem „Leben" im Gefängnis, gegen die Undurchlässigkeit der Mauern, die unsere Blicke und unsere Worte zurückhalten wollen, gegen die soziale und politische Isolation, gegen die Bewegungslosigkeit, die die Töne und Gesichter vertreibt ... Ja, es gibt viel zu tun ...

Und die Hungerstreikkämpfe, die zehrenden Ablösungen (in der Hungerstreikkette, Anm. d. Ü.), die einer nach dem anderen, einer aus dem anderen neu entstehen, hinausgebrüllt werden und unsere Wut, um zu sagen: sogar im imperialistischen Gefängnis schlägt unser kollektives politisches Herz im Rhythmus subversiver Bewegungen, rebellischer anti-faschistischer und revolutionärer Demonstrationen, durch die Debatten und Auseinandersetzungen, die die revolutionären Stimmen, die kommunistischen Stimmen aller Länder miteinander verbinden.

Um uns gegenseitig zu sagen: Schlaf nicht ein, lerne die Formen des Kampfes in dieser neuen Umgebung, ermutige deinen Verstand zu denken, zu überlegen, sei das Schilfrohr, das nicht gebrochen werden kann.

Um es mit *front* (Zeitung in Frankreich, die Texte zum revolutionären Kampf veröffentlicht; Anm d. Ü.) zu sagen: Halte die Augen offen für die Entwicklung von Gedanken, für die Bewegungen, die durch die Gesellschaft gehen, für die offenen Kriegswunden

der Menschheit ...

Es ist auch unsere Solidarität mit allen Befreiungskämpfen, jedem Kampf, der aus der Revolte kommt, mit jeder Revolte, die revolutionär hervorbricht, auch mit uns selbst ...

Das ist nicht alles, nein, denn alles hängt von der Solidarität ab, hängt davon ab, Neues zu schaffen ...

Falsche Scharade[1]

Der erste Teil ist ein faschistoider, sogar faschistischer Zirkel, wenn man sich die Zahl von Prominenten aus der Front National oder dem „Club d'Horloge"[2] anschaut, die dort Mitglied sind; er heißt Renaissance.

Das zweite ist die Mitgliedschaft des Generaldirektors von Monoprix[3] in diesem Zirkel.

Das dritte ist die Plakatkampagne von Monoprix: „Gott schuf die Frau, dieser Artikel verändert sie für den niedrigen Betrag von 250 francs."

Das vierte sind Gruppen von Jugendlichen, die protestieren, die gegen die unzähligen sexistischen Werbeslogans sprühen, die den Alltag mit ihrer „friedlichen Aggressivität" überschwemmen.

Das fünfte sind zwei Jugendliche, die dieser Aktivität nachgehen und von der Polizei geschnappt werden, als sie ein Plakat der unter drittens aufgeführten Kampagnen mit wütenden Slogans versehen.

Das sechste ist: Die Justiz nimmt dieses „Delikt" in die Hand.

Das siebte ist ein Berufungsprozeß am 1.2.1993 nach einer ersten Verurteilung.

Das ganze ist ein Slogan, der aus einer Verkettung entstehen kann.

Der Faschismus lebt vom Sexismus wie vom Rassismus und macht daraus seine Slogans von einer „natürlichen Ordnung" der menschlichen und gesellschaftlichen Beziehungen; jeder an seinem Platz, seiner Funktion, die biologisch festgelegt sind ... Dabei reicht es ihm heute, die Kategorisierung und Ausgrenzung von Menschen ideologisch zu fordern, die durch die kapitalistische Ausbeutung und den Ersatz menschlicher Beziehungen durch Warenbeziehungen heute schon breit praktiziert werden.

Wenn die Justiz es in die Hand nimmt, „das Privateigentum" der Werbung zu verteidigen, das eigentlich öffentlich ist, übernimmt die Justiz ihre Funktion, die Verhältnisse zugunsten der Besitzenden zu regeln.

Gegen die Klassenjustiz, die faschistisch-sexistisches Eigentum verteidigt! Zusammen für eine Gesellschaft ohne Klassen kämpfen!

c. l. p. a. d. (Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe) — Fraueneinheit —

1 Worträtsel, bei dem das zu erratende Wort in Teile zerlegt wird

2 Reflexionszirkel der „Neuen Rechten" in Frankreich

3 Ladenkette in Frankreich

Im Herbst wird gegen Joelle Aubron, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan und Georges Cipriani ein neuer Prozeß wegen des Anschlages auf General Audran, Verantwortlicher für die Rüstungsgeschäfte und -kooperation im französischen Verteidigungsministerium, im Januar 1985 beginnen.

Leserbrief zum Angehörigen Info 114

In dem Artikel „Aus einem Gespräch mit baskischen AnwältInnen und AktivistInnen vom 15.-17.1.93" sind in dem letzten Abschnitt „zusätzlich ein paar Angaben" einige Ereignisse und Personen auf fatale Weise vermischt worden, die alle irgendetwas mit den Auseinandersetzungen um das Gefangenenkollektiv und dem Brief, den der Innenminister der baskischen Regierung den Gefangenen schicken wollte, zu tun haben.

Ich will die Ereignisse im folgenden noch mal richtig darstellen:

Es sind hier offensichtlich zwei verschiedene Personen miteinander in Zusammenhang gebracht und zum evtl. Abschwörer gemacht worden, die weder direkt miteinander zu tun haben noch als letztere bezeichnet werden können.

Der eine ist Isidro Etxabe „Zumai", der andere Eugenio Etxebeste „Antxon".

Etxabe ist seit 1981 Gefangener aus der ETA. Sowohl draußen als auch im Knast war er eine wichtige Persönlichkeit in der MLNV (baskische Befreiungsbewegung, umfaßt alle Organisationen). Er kam aus dem Comando Madrid, das große Bedeutung hatte. Sein Genosse wurde nach der Verhaftung zu Tode gefoltert, er selbst überlebte die Folterungen und hatte im Gefangenenkollektiv lange Zeit Bedeutung und politisches Gewicht.

Vergangenen Herbst wurden bei zwei Gefangenen, von denen er einer war, Besuchsgespräche mit Angehörigen abgehört, aufgezeichnet und veröffentlicht, in denen es um eine Kritik an der Politik der Organisation ging. Daran wurde eine große Medienkampagne aufgezogen über die Spannungen, die es unter den Gefangenen gäbe.

Etxabe hat für sich den „dritten Grad" des Knastsystems akzeptiert, der wesentliche Hafterleichterungen beinhaltet, wie z. B. Ausgang am Wochenende etc. Zudem hat er sich kürzlich in einem Interview öffentlich für eine andere Politik sowohl der Gefangenen selbst als auch der Bewegung draußen zu den Gefangenen ausgesprochen, in dem er die Zurückweisung der Verbesserungen, der „Angebote" kritisiert: es sei falsch und zu hart, wenn du als Gefangener eine offene Tür siehst, sie zuzuschlagen u. a.

Das Kollektiv der Gefangenen weist individuelle Angebote zurück, solange es nicht für alle Gefangenen gültige Zusagen auf Verbesserung sind.

Etxabe kann nicht einfach als Abschwörer bezeichnet werden. Er steht zu seiner Geschichte, hat sich davon nie distanziert. Er ist allerdings nicht mehr Teil des Gefangenenkollektivs und äußert seine Widersprüche zur Politik der Bewegung öffentlich. Er wird als Dissident betrachtet.

Eugenio Etxebeste „Antxon" ist einer der Deportierten aus dem Baskenland. Er wurde 1983 deportiert (z. Zt. Dominikanische Republik) und war einer der Verhandlungsführer bei den Verhandlungen zwischen ETA und dem spanischen Staat 1987 in Algerien und ist bis heute eine der ganz wichtigen Persönlichkeiten der MLNV — also alles andere als ein Abschwörer.

Nun zur „Brief-Initiative" des baskischen Innenministers: 1992 gab es ein kritisches Kommuniqué von Antxon. Die Gefangenen hatten es nicht bekommen, haben das kritisiert und gefordert, als Kollektiv und Teil der MLNV auch an der politischen Diskussion beteiligt zu werden.

Der baskische Innenminister glaubte diesen Konflikt nutzen zu können gegen die MLNV und „bot an", da er das Papier habe, für die authentische Information zu sorgen und allen Gefangenen das Papier zu schicken.

Soweit zu den Fakten.

Zu den „Kriterien, die zählen, bei allem, was offen ist", dazu sollten auch Genauigkeit und Ernsthaftigkeit bei der Informationsbeschaffung und -weitergabe gehören.

Das Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen" ist wieder erhältlich — ohne den Demoaufdruck vom 20.6.92. Es kann bezogen werden über die Redaktionsanschrift (siehe Impressum). Bis 5 Stück kostet es je 2 DM, ab 5 bis 10 Stück 1.50 DM und ab 10 Stück je 1 DM, alles zuzüglich Portokosten.

Internationale Konferenz zur Verteidigung des Lebens von Dr. Guzman

Am Wochenende des 27.-28. Februar fand in Duisburg eine internationale Konferenz der Solidaritätsbewegung zur Verteidigung des Lebens von Dr. Abimael Guzman statt.

Fast tausend Personen aus allen Kontinenten nahmen daran teil. Solidaritätsadressen kamen auch von GenossInnen der PKK, der „National-democratic-front" aus den Philippinen, der Vietnamveteranen aus den USA und vielen anderen Gruppen.

Der türkische Delegierte und Präsident des Menschenrechtsvereins von Elazig, Metin Can, wurde wenige Tage vor seiner geplanten Abreise zum Kongreß entführt, gemeinsam mit einem weiteren Menschenrechtsaktivisten, den Arzt Hasan Kaya. Beide Leichen wurden mit Spuren schwerer Folter am 27. Februar gefunden.

In anderen „demokratischen" Ländern läuft die Repression subtiler. So versucht die peruanische Justiz neun peruanische GenossInnen, die in europäischen Ländern leben, wegen „Terrorismus" vor Gericht zu stellen. Unter diesen Personen befinden sich die in Schweden lebenden Schwiegereltern von Guzman, die auch auf Solidaritätsveranstaltungen auftreten. Ebenfalls betroffen von dem neuerlichen Repressionsversuch ist der Herausgeber der peruanischen Zeitung *El Diario*, der nach mehrmaligen Verhaftungen und Morddrohungen seit Jahren im französischen Exil lebt.

Auf der internationalen Konferenz wurden die Erfahrungen über die bisherige Solidaritätsarbeit ausgetauscht sowie Pläne für die weitere Arbeit gemacht. Dabei gab es zwei verschiedene Vorstellungen über die zukünftige Vorgehensweise.

Während die Mehrheit die aktuelle Kampagne zur Rettung des Lebens von Guzman intensivieren will, unter anderem durch einen weltweiten Aktionstag im Frühjahr, hatte eine andere Gruppe die Vorstellung, aus der Kampagne eine weltweite Alternative zu „Amnestie International" zu machen, also über die Forderung nach dem Schutz von Guzmans Leben hinauszugehen.

Schließlich wurde auf der Konferenz ein neues „Ständiges Komitee zur Rettung des Lebens von Guzman" gewählt. Unter den Gewählten befinden sich Carlos und Delia La Torres (die Schwiegereltern von Guzman) sowie Luis Arce Borja (der Herausgeber von *El Diario*).

Wer sich über die weitere Arbeit des Solidaritätskomitees informieren möchte, der kann sich an folgende Kontaktadresse wenden: Info- und Kopierladen „M99", Manteuffelstr. 99, 1000 Berlin 36, Stichwort: Abimael Guzman, Fax: (030) 6 11 50 21.

Termine

Hamburg. 15.4., 19 Uhr, Café Knallhart, HWP, von-Melle-Park 9, Treffen zu „Was passiert auf der UNO-Menschenrechtskonferenz, und wie können wir uns dazu verhalten?"

Lübeck. 17.4., 13 Uhr, Kundgebung vor dem Lübecker Knast, Marliring 41, zum internationalen Tag der politischen Gefangenen.

Berlin. 20.4. oder 21.4., „Ohne Freiheit kein Frieden!" Informationsveranstaltung über die Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten. Referenten: Dr. Riad al Malki, Dr. Mohammed Jadallah. Veranstalterin: Palästinagruppe West-Berlin. Ort und Zeit werden noch in der lokalen Presse bekanntgegeben.

Saarbrücken. 21.4., 18 Uhr, Junge Linke TREFF, AZ Brauerstraße 39, Information und Diskussion über die Kriminalisierung von antifaschistischer und antirassistischer Arbeit und über die Mobilisierung zu Ursulas Prozeß.

Bochum. 26.5., 19 Uhr, große Mensa der Ruhr-Universität, Solidaritäts-Konzert unter dem Motto „Projekt Zuflucht — Damit Flüchtlinge hier bleiben können". Es spielen die Bands Chumbawamba, Dog Faced Hermans, Alloy. Organisiert wird das Konzert vom AStA Kulturreferat in Kooperation mit dem Veranstaltungskollektiv „Der harte Chor". Eintritt: 10 DM. Die Überschüsse der Veranstaltung werden dem Projekt „Zuflucht" zugute kommen.

Angehörige Kinder malen für politische Gefangene

Auf 16 farbigen Postkarten haben sich sieben angehörige Kinder verschiedenen Alters ihre Knasterfahrungen von der Seele gemalt oder einfach den Gefangenen eine Freude machen wollen.

Bunte Kartenserie — 16 Stück für 18 DM plus 2 DM Porto. Bei Sammelbestellung über 3 Serien und mehr — Porto 4 DM. Bitte Vorauskasse bar oder Scheck an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 05 02 05, 6230 Frankfurt/Main 80.

In Zukunft werden wir den Angehörigen immer zu ihren Geburtstagen gratulieren.
Am 8. 4. hat Hans Dellwo, am 10. 4. Christa Klar und am 22. 4. Luise Dellwo Geburtstag.
Alles Gute für noch viele, viele Jahre!

Spendenaufruf für das Konto der Angehörigen

Wir wenden uns an alle Leserinnen und Leser unseres *Angehörigen Info* mit der Bitte um Spenden. Für die Versorgung einiger Gefangener, die krank sind, für den monatlichen Einkauf, Zeitschriften- und Zeitungsabos der Gefangenen usw. entstehen uns regelmäßig hohe Kosten. Wir brauchen auch dringend Geld für die jetzt anstehenden neuen Prozesse gegen Gefangene aus der RAF.

Spendet bitte auf das Konto (neue Bankverbindung!):

Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 194.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 16. 4. 1993

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V.i.S.d.P.: Christoph von Hören. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Kt.-Nr. 54 54 194.